

MBZ Heft 03 2010

Vertreterversammlung am 15.02.2010

Vorstand für das Rechnungsjahr 2007 entlastet

Während der Winter die Stadt Berlin nach wie vor mit eisiger Kälte fest im Griff hatte, war die erste Vertreterversammlung des Jahres 2010 von hitzigen Debatten gekennzeichnet. Dreh- und Angelpunkt war die Vorstellung des Abschlussberichtes für das Geschäftsjahr 2007. Dieser Tagesordnungspunkt war bereits für die Sitzung im November 2009 angesetzt gewesen, allerdings lag zu diesem Zeitpunkt noch kein dazugehöriger Bericht des Rechnungsprüfungsausschuss (RPA) vor, so dass dieser Punkt auf der Zeitachse nach hinten verschoben wurde.

Dr. Karl-Georg Pochhammer, zuständig für den Haushalt im Vorstand der KZV Berlin, drückte zunächst sein Bedauern aus, dass der Jahresabschluss 2007 aufgrund des fehlenden Berichtes des RPA leider erst so spät der W vorgelegt werden konnte. Dr. Pochhammer trug anschließend den Jahresabschluss vor und schloss mit dem Vermerk, dass die „Prüfstelle (der KZBV) keine Bedenken vorzutragen hat, wenn die Vertreterversammlung dem Vorstand die nach der Satzung vorgeschriebene Entlastung erteilt“. Deutlich hervorgehoben muss, dass die KZV Berlin im Jahr 2007 extrem Gelder eingespart hat, in Zahlen: rund 1,5 Millionen Euro. Ergänzend sei erwähnt, dass die KZV Berlin im bundeseinheitlichen Vergleich im Mittelfeld anzusiedeln sei. Sie ist von den größeren KZVen angesichts des Haushaltsvolumens die kleinste KZV, im Vergleich zu den KZVen der Stadtstaaten äußerst sparsam. Ausführlich wurden diverse Nachfragen zu einzelnen Buchungskonten und Beträgen beantwortet.

Dem Frage-Antwort-Komplex schlossen sich zwei Berichte des Rechnungsprüfungsausschuss der KZV Berlin an. Die Prüfung begann im Mai 2009 mit den RPA Mitgliedern Dr. Dohmeier-de Haan, Herr Klutke und Dr. Palloks. ab Juli 2009 nahmen an den Sitzungen zusätzlich die neu gewählten Mitglieder Frau Jakobczyk und Dr. Gerstenberger teil. Es erfolgten insgesamt 25 Sitzungen. Dabei wurden anhand der buchhalterischen Unterlagen (Kontoführung des Hauptkontos, Unterlagen über die durchgeführten Baumaßnahmen) alle Bereiche der Geschäftstätigkeit betrachtet und analysiert. Es wurden Fragen formuliert, die im Laufe der Prüfung durch die Geschäftsführung schriftlich und mündlich beantwortet wurden.

Aufgrund sehr unterschiedlicher Sichtweisen und Ansätze im Umgang mit der Prüfung und ihren Ergebnissen, war es dem RPA nicht möglich, eine einvernehmlich abgestimmte Berichtsfassung zu erarbeiten. Die Mitglieder Jakobczyk und Gerstenberger haben im Laufe des Verfahrens im RPA versucht, einen Bericht zu erstellen, der beiden Sichtweisen Raum verschafft. Dennoch war ein Konsens nicht erzielbar. So trug zum einen Dr. Dohmeier-de Haan die Ergebnisse seiner Prüfung und von den Zahnärzten Klutke und Palloks vor. Differenziert, sachlich und fundiert stellte dann Dr. Amt Gerstenberger die Ergebnisse seiner Prüfung und die der Kollegin Edeltraud Jakobczyk vor. Dr. Gerstenberger betonte ausdrücklich, dass alle Fragen des RPA durch den Vorstand bzw. die Geschäftsführerin der KZV Berlin, Frau Pache, beantwortet wurden.

Zudem konnten in einer gemeinsamen Sitzung des Vorstandes der KV Berlin mit dem RPA und dem Hauptausschuss unter Vorsitz von Dr. Heinrich Schleithoff, die am 02.11. 2009 stattfand, offene Fragen geklärt werden. Der RPA gab Hinweise, die vom Vorstand für die Verfahren der Geschäftsführung in den kommenden Jahren angewendet werden sollen.

Letztendlich stellen Frau Jakobczyk und Dr. Gerstenberger als Mitglieder des RPA zur Tätigkeit der KZV im Jahr 2007 fest:

„Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Prüfung des Jahres 2007 festgestellt, dass die Haushaltsführung des Vorstandes der KZV Berlin sachgerecht, ordnungsgemäß und im Sinne der Kollegenschaft erfolgte. Gleichwohl merkt der RPA an, dass in einzelnen Bereichen bestehende Regeln des SGB V bzw. von Zulassungsordnung oder Sitzungsgeldordnung stringenter umgesetzt werden sollten. Wo das aus Sicht des Vorstandes aufgrund besonderer oder geänderter Verhältnisse nicht möglich oder sinnvoll sein sollte, regt der RPA an, diese offensiver der VV, dem Hauptausschuss oder auch dem RPA zu vermitteln. Bestehende Unklarheiten im Umgang mit dem Dienstvertrag der Vorstandsmitglieder sollten für die bestehende Amtszeit toleriert und für den künftigen Vorstand ab 2010 neu geregelt werden.“(...)